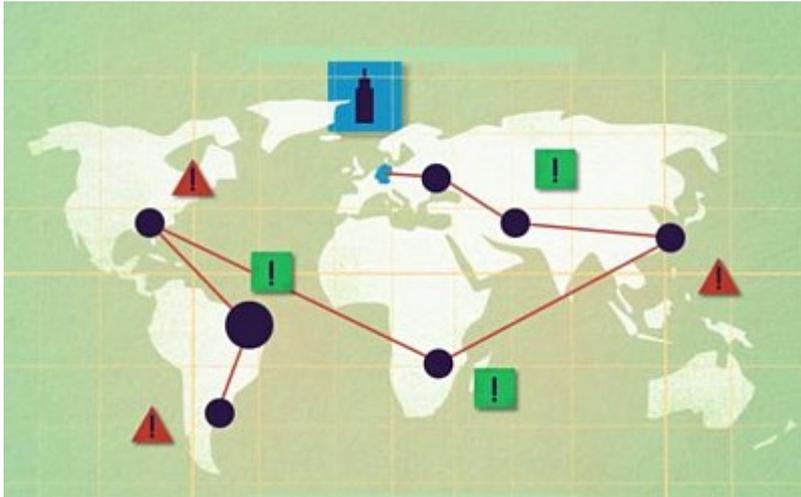


Bundesminister Heil und Müller: Lieferkettengesetz soll kommen!

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Mittwoch, 22. Juli 2020 13:32



22.07.2020: Die Ansage der

Bundesminister Heil und Müller ist klar: Jetzt soll das Lieferkettengesetz kommen! ++ Lieferkettengesetz könnte Dämpfer für Profitmaximierung durch unmenschliche Arbeitsbedingungen werden ++ Wirtschaftslobby wehrt sich gegen Einhaltung der Menschenrechte ++ Dokumentiert: Berliner Manifest (ver.di Handel): "Für menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftsrechte entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten"

Es geht ein Aufschrei durch die Reihen der verschiedenen Arbeitgeberorganisationen: Das geplante Lieferkettengesetz von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) wird als nicht durchführbar bezeichnet. Die weltweit handelnden deutschen Konzerne sollen auf die Einhaltung der Menschenrechte in allen Ländern verpflichtet werden.

Der Fokus wird nicht allein auf die Herstellung von Waren in eigenen Unternehmen und eigene Lieferwege gelegt, sondern die Verantwortung soll ebenfalls auf die durch Subunternehmen und weiterer Fremdunternehmen durchgeführte Produktion, Lieferwege und Lagerung übernommen werden.

Laut der UN-Handelskonferenz arbeiten global mehr als 450 Millionen Menschen in Lieferketten und 80 % des weltweiten Handels erfolgt durch globale Produktionsnetzwerke (UNCAD 2019). Seit 2016 gibt es in der BRD den "Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)", der als Erwartungshaltung die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht an Unternehmen formuliert.

*"Ich habe seit 2013 unzählige Textilfabriken Pakistans, Bangladeschs und Sri Lankas besucht, immer wieder mit den Arbeiter*innen, mit Gewerkschafter*innen, Arbeitsrechtler*innen, auch mit Politiker*innen und Unternehmer*innen dieser Länder gesprochen. Ich habe in Karatschi, in Dhaka, in Colombo die Hölle der*

Menschen betreten, die unsere T-Shirts und Jeans produzieren: sechs Tage die Woche, über 10, 12, 14 Stunden, für meist nur zwei Dollar am Tag, also an der Armutsgrenze. Unter der immer auch sexuellen Gewalt der brutalen Schläger, die in diesen Fabriken Aufsicht führen. Unter Schlägen des Managements der Firmen, die deutsche Unternehmen beliefern.

*Die Arbeiter*innen ruinieren ihr Leben in knapp zehn Jahren, auf den Befehl von „Arbeitgebern“, denen ihr Schicksal meist weniger als Wurst ist. Ich habe auch mit pakistanischen, bangladeschischen, sri-lankischen Arbeitgebern gesprochen, denen das nicht Wurst ist, die mir aber, einmal sogar unter Tränen, gesagt haben, dass ihnen das Schicksal ihrer Leute Wurst sein muss, weil sie sonst aus Deutschland oder anderen Ländern keine Aufträge mehr erhalten.*

*Den Arbeiter*innen, von denen hier die Rede ist, geht es jetzt noch schlechter: Millionen wurden seit März gefeuert, weil auch deutsche Unternehmen in der Corona-Krise ihre Aufträge storniert haben, auch solche, die schon erledigt oder bereits in der Herstellung waren."*

Thomas Rudhof-Seibert in
"Lieferkettengesetz. Strafe muss sein"

<https://www.medico.de/blog/strafe-muss-sein-17828/>

Bundesminister Heil und Müller: Lieferkettengesetz soll kommen!

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Mittwoch, 22. Juli 2020 13:32

Die Forderung nach einem Lieferkettengesetz gibt es seit einigen Jahren. Die Große Koalition hat als Ziel in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben bis Juli 2020 die Ergebnisse eines durchzuführenden Monitorings vorzustellen.



Leder für den Weltmarkt: In einer Gerberei in Karatschi werden Häute für die weitere Bearbeitung weich geschliffen. Vor dem Staub sind die Arbeiter gar nicht oder nur unzureichend geschützt.
Quelle: medico

Auch der zunehmende Druck durch die Veröffentlichung bekannter Fälle wie einstürzende Fabriken, Kinderarbeit und Verletzung internationaler Arbeitsrechtsstandards führte zur Positionierung beider o.g. Minister für eine gesetzliche Regelung in der Wertschöpfungskette. Danach sollen Unternehmen ihre Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen daraufhin überprüfen, ob sie sich nachteilig auf international anerkannte Menschenrechte auswirken. Als Risikofelder werden beispielsweise Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierung, Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit, den Arbeitsschutz oder Landrechte und die Schädigung der Gesundheit und der Umwelt definiert.

Vor der Erarbeitung eines Entwurfs gab es eine Umfrage bei deutschen Unternehmen, wie sie es mit der Eigenverpflichtung halten. Es antworteten in der zweiten Befragung und nach Fristverlängerung nur 455 von 2250 (erste Runde 450 von 3200) angeschriebenen Unternehmen. Damit allein stellen sie schon ihrem Klientel "der deutschen Wirtschaft" ein geistiges Armutszeugnis durch Desinteresse aus. Allerdings ebenfalls mit dem Ergebnis, dass nur 22 % der Teilnehmenden für die menschen- und arbeitsrechtliche Situation Verantwortung übernehmen.

Die spärlichen Rückläufe von der Mehrheit deutscher Unternehmensführungen auf die Anfrage der Bundesminister zeigt das Verständnis für globale Verantwortung.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sieht es "unmöglich die lückenlose Überwachung eines Lieferkettengesetzes zu garantieren", der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) allgemein "nicht machbar". BDI - Hauptgeschäftsführer Joachim Lang sagte: "Die globalen Lieferketten von Industrieunternehmen sind sehr komplex." Und begründet die Einschätzung der Nichtbarmachbarkeit mit dem Hinweis auf die Automobilindustrie, die "abertausende Zulieferer" habe, die nicht zu überprüfen sind.

Bundesminister Heil und Müller: Lieferkettengesetz soll kommen!

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Mittwoch, 22. Juli 2020 13:32

Neu sind die Argumente nicht. Zudem gibt es Versuche die bisherige Freiwilligkeit der Verantwortung für die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern als Dauerlösung durchzusetzen.

"Ich weiß, dass deutsche Unternehmen zur Überwachung von Lieferketten in der Lage sind."

Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales

Bundesarbeitsminister Heil hat jedoch erkannt: "Ich weiß, dass deutsche Unternehmen zur Überwachung von Lieferketten in der Lage sind. Man muss sich nur anschauen, dass wir dies in Bereichen wie bei den Normen der Produktsicherheit bereits lückenlos haben."

Dennoch knickt er bereits jetzt unter dem Widerstand des Kapitals gegen eine gesetzliche Grundlage ein und gesteht ihnen zu: "Wir werden von Unternehmen nichts verlangen, was unmöglich ist." Und die Minister Heil und Müller lassen diesem Versprechen Taten in Umformulierungen folgen.

"das Gesetz muss so gestaltet sein, dass es die Wirtschaft wettbewerbsfähig hält"

Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesvorsitzende der CDU

Nachdem Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sich nach der Veröffentlichung der Eckpunkte im Dezember 2019 als Unternehmer "ja schon mit beiden Beinen im Gefängnis" wähnte, wenn er "die Einhaltung der Menschenrechte bis ins letzte Glied seiner Lieferkette gewährleisten und dafür haften sollte", wurde dieser Punkt nun von Heil & Co. verändert.

Laut dem Handelsblatt heißt es jetzt:

"Haften soll ein Unternehmer nur im Falle einer Beeinträchtigung, 'die bei Erfüllung der Sorgfaltspflicht vorhersehbar und vermeidbar war'. Kam es entlang der Lieferketten zu einer Verletzung der Menschenrechte, obwohl der Unternehmer im Rahmen der tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten alles Angemessene getan hat, haftet er dagegen nicht. Treten Unternehmen einem staatlich anerkannten Branchen- oder Schutzstandard bei und implementieren diesen, können sie nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit belangt werden." (Handelsblatt, 25.6.20: "[Lieferkettengesetz. Heil und Müller entschärfen die Haftungsregeln für Unternehmen](#)")

Das Gesetz soll ohnehin nur für die knapp 7.300 deutschen Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten greifen.

Bundesminister Heil und Müller: Lieferkettengesetz soll kommen!

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Mittwoch, 22. Juli 2020 13:32



Worauf es der CDU vor allen Dingen ankommt stellt deren Vorsitzende Kramp-Karrenbauer mit ihrer Aussage klar, "das Gesetz muss so gestaltet sein, dass es die Wirtschaft wettbewerbsfähig hält".

Ähnlich sieht es Wirtschaftsminister Altmaier, der außerdem fordert, die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um in der EU ein Lieferkettengesetz umzusetzen. Ein Schachzug mit dem die Diskussion um das Gesetz hierzulande abgewürgt werden soll.

Unterstützung für die deutlich abwehrenden bis hinhaltenden Aussagen von Politik und Wirtschaft kommt durch die Hofberichterstattung für das Kapital in den Medien.

Kapital will Entwurf weiter verwässern

So schreibt Manfred Schäfers über die Forderung des Entwicklungsministers Müller zum Fairen Handel am 20.7.20 in der FAZ: "Fair statt frei soll es zugehen. Genau das fürchten die Entwicklungsländer. Sie sind nicht modern, und sie sind wenig produktiv. Sie produzieren billiger, zuweilen auch schmutziger. Das ist ihr Vorteil; es ist der einzige, den sie haben. Wenn

man ihnen den nimmt, verdammt man sie zu ewiger Armut. Staatliche Hilfgelder haben noch kein Land vom Elend befreit. Der freie Handel schon. (...) Das Lieferkettengesetz schadet – nicht zuletzt den Ärmsten in der Welt."

Zynischer geht es kaum!

Da wird versucht ein Lieferkettengesetz zum Scheitern zu bringen, weil ihr eigener Schutz dann angeblich den Arbeiter*innen im Wege ist, um einen Lohn zum Leben zu bekommen.

So funktioniert das Lieferkettengesetz!

Video von <https://saubere-kleidung.de>

Tatsächlich kann mit der Durchsetzung internationaler Mindeststandards und der Verantwortung der Konzerne für die Einhaltung der Menschenrechte und der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO die Profitmaximierung einen Dämpfer bekommen. Doch das Gesellschaftssystem wird dadurch (leider) nicht verändert. Dazu sind andere und weitere Kämpfe nötig. Kapital und Arbeit wird es auch mit dem Lieferkettengesetz geben. Doch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden global verändert.

Dabei sieht es nach der letzten Umfrage bei den Unternehmen und den Hinweisen auf einen Gesetzentwurf ganz so aus, als werde versucht das Gesetz zum Scheitern zu bringen.

Bei der Macht der Wirtschaft auf die Politik in diesem Land, steht in Frage, ob der Arbeitsminister und der Entwicklungsminister der Bundesregierung nicht zu einem neuen und noch weiter abgeschwächten Entwurf gedrängt werden. Die zaghafte und späte Unterstützung der Kanzlerin Merkel für Heil und Müller bedeutet noch keinen Durchbruch, denn das Kanzleramt hatte noch im August 2019 versucht das Monitoring aufzuhalten.

Es liegt also auch an uns, gemeinsam mit über 40 Organisationen weiter den Kampf um das Lieferkettengesetz zu führen!

Wie bitter nötig dieses Gesetz ist zeigen die Fallbeispiele der Initiative Lieferkettengesetz.de:

- Der mangelhafte Brandschutz in einer KiK- Zulieferfabrik in Pakistan führt 2012 zum Tod von 258 Menschen.
- Deutsche Supermärkte wie Edeka bieten palmölhaltige Produkte an. Bei der Produktion des Palmöls werden Menschenrechte verletzt und Lebensgrundlagen zerstört.
- Menschen, die in Assam auf Teeplantagen arbeiten, leiden an Armut und Mangelernährung. Der so produzierte Tee landet auch bei deutschen Supermarktketten wie Aldi und Lidl sowie bei deutschen Teeunternehmen wie der Ostfriesischen Teegesellschaft und Teekanne.
- TÜV Süd zertifizierte den Brumadinho-Staudamm in Brasilien als sicher. Mindestens 272 Menschen wurden beim Dambruch unter einer schwermetallhaltigen Schlammwelle begraben, zahlreiche Gebäude mitgerissen sowie der Fluss Paraopeba

und das umliegende Tal kontaminiert.

- Auf den Kakaoplantagen in Westafrika: Schokoladenhersteller wie Ferrero, Nestlé, Mars und Mondelez, die in Deutschland eine Niederlassung haben und ihre Süßwaren verkaufen, profitieren von der Ausbeutung der Kinder.
- BASF kauft jährlich Platin im Wert von rund 600 Millionen Euro aus der Marikana-Mine in Südafrika. BASF war der Hauptkunde der Mine, als im August 2012 34 Arbeiter*innen erschossen wurden, die für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt hatten.

Gewerkschaften arbeiten im Bündnis mit NGO gemeinsam und formulieren aus ihrer Sicht die notwendigen Forderungen. Auf einer Internationalen Konferenz von ver.di Handel wurde am 29. und 30. Januar 2020 das "Berliner Manifest – Für menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftsrechte entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten" verabschiedet.

Es geht um nicht weniger als die Umsetzung dieser Forderungen!

txt: Bettina Jürgensen, *marxistische linke*

Berliner Manifest (ver.di Handel)

Für menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftsrechte entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten aus zahlreichen Ländern haben am 29./30. Januar 2020 über die Lage der arbeitenden Menschen entlang der internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten beraten.

Egal, ob wir als Landarbeiter Orangen oder Wein anbauen, in der Produktion verarbeiten oder als Verkäuferin an den Kunden abgeben; egal, ob wir als Näherin die Kleidung herstellen, sie als Transportarbeiter über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg befördern oder sie als Angestellte im Laden verkaufen. Uns gegenüber stehen dort wie hier Konzerne und Unternehmen, die vielfach unsere Löhne drücken und unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern, um noch mehr Profite erwirtschaften zu können. Dabei sind es nach wie vor wir Arbeiterinnen und Arbeiter, wir lohnabhängig Beschäftigten, die täglich den Reichtum produzieren, aufgrund miserabler Arbeits- und Lebensbedingungen erkranken und am Ende unseres Berufslebens in der Altersarmut landen.

Aus diesem Grund haben wir die folgenden gemeinsamen Grundsätze beschlossen:

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Solidarität ist ein Grundpfeiler der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir stehen zusammen und lernen voneinander, auf Augenhöhe und voller gegenseitigem Respekt. Wir verteidigen die Rechte der Beschäftigten und ihrer Organisationen auf allen Ebenen und lehnen deshalb jede Initiative ab, die sich gegen die Rechte der Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen hier wie dort richtet oder diese schwächt. Wir wehren uns gemeinsam, wenn Regierungen, politische Kräfte, Unternehmer oder ihre Verbände die Organisierung der arbeitenden Menschen und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung behindern, angreifen oder zu ersetzen versuchen.

Bundesminister Heil und Müller: Lieferkettengesetz soll kommen!

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Mittwoch, 22. Juli 2020 13:32

Ebenso lehnen wir jede Stellvertreterpolitik ab, die Beschäftigte entmündigt. Es muss Schluss sein mit eurozentristischer Bevormundung der arbeitenden Menschen in Afrika, Asien, Amerika und anderen Teilen dieses Planeten. Wir wehren uns gegen jegliche Versuche, die arbeitenden Menschen hier und dort, im Norden und Süden, im Osten und Westen gegeneinander ausspielen zu wollen. Uns verbindet mehr miteinander als mit denen, die uns unsere Rechte und unsere Lebensgrundlagen rauben wollen!

Deshalb setzen wir uns gemeinsam ein

- für menschenwürdige und existenzsichernde Löhne und Sicherheit im Alter,
- für gute und gesunde Arbeitsbedingungen, für Arbeit die nicht tötet und krank macht,
- für tarifvertragliche Regelungen, die von den Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Organisationen in den jeweiligen Ländern, Regionen und Unternehmen selbst verhandelt und entschieden werden,
- für das Zugangsrecht der Gewerkschaften und ihrer Vertreter*innen in allen Unternehmen und Betrieben,
- für wirksame Maßnahmen gegen sexuelle oder rassistische Übergriffe, jede Form der Diskriminierung und Ausbeutung am Arbeitsplatz und darüber hinaus,
- für gleichen Lohn für gleiche Arbeit überall!

Verabschiedet von den Teilnehmer*innen der internationalen Tagung am 29. und 30. Januar 2020 in Berlin

mehr zum Thema auf kommunisten.de

- [Lieferkettengesetz: Solidarität konkret!](#)
- [Bundesregierung stoppt unter Vorwand "Corona" das Lieferkettengesetz](#)

mehr auf kommunisten.de zu Lieferketten in der Textilindustrie

- [Polizei schießt auf Textilarbeiter*innen](#)
- [Arbeitskämpfe bei H&M in Myanmar](#)
- [Kambodschas TextilarbeiterInnen und ihre Feinde](#)
- [Solidarität mit den ArbeiterInnen in den Kleidungsfabriken Bangladeschs](#)